

Seite: 11
 Ressort: Sonstiges

Mediengattung: Wochenzeitung
 Auflage: 17.996 (gedruckt) ¹ 16.132 (verkauft) ¹
 17.056 (verbreitet) ¹

¹ IVW 1/2012

Ursula Sowa, baupolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion im Landtag, über den stockenden Ausbau barrierefreier Bahnhöfe im ländlichen Raum

„Nicht immer auf die große Lösung warten“

Viele Probleme im Freistaat gerieten in den vergangenen Monaten wegen Corona in den Hintergrund – darunter auch der stockende Ausbau der barrierefreien Bahnhöfe. Bis 2023 sollte das in ganz Bayern der Fall sein, versprach der frühere Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) nach der Landtagswahl 2013. Nicht mal die Hälfte ist geschafft.

BSZ Frau Sowa, weshalb haben Sie gerade den barrierefreien Ausbau von Bahnhöfen zu Ihrem Schwerpunktthema gemacht?

Ursula Sowa Als baupolitische Sprecherin meiner grünen Landtagsfraktion bin ich in ganz Bayern nahezu ausschließlich mit der Bahn unterwegs zu meinen politischen Terminen, in großen und kleinen Städten, aber auch in ländlichen Regionen. Und da habe ich mir auf die Agenda geschrieben, immer zu testen, in welchem Zustand die Bahnhöfe sind – sozusagen als Bahn-Visitenkarte.

BSZ Mehr als die Hälfte der Stationen im Freistaat sind nicht oder nicht ausreichend für Behinderte geeignet – woran liegt's aus Ihrer Sicht?

Sowa Manche Umbauten sind sehr kompliziert, Bahnsteighöhen müssten angeglichen werden. Bevor man aber temporäre Lösungen anpackt, wartet man auf die „große“ Lösung, die teuer ist und halt ewig dauert. Und natürlich liegt es auch daran, dass es keine scharfe gesetzliche Verpflichtung gibt, dass bestehende Stationen sofort umgerüstet werden müssen.

BSZ Der Freistaat engagiert sich bei diesem Thema mehr als andere Bundesländer: Müsste man da nicht mit dem Finger eher auf die Bahn zeigen, die unterschiedliche regionale Gegebenheiten

– etwa die überdurchschnittlich vielen wenig frequentierten Stationen im ländlichen Raum – nicht ausreichend berücksichtigt?

Sowa Natürlich ist von der Gesetzeslage her der Bund zuständig und es ist „ehrentoll“, dass der Freistaat sich hier sozusagen freiwillig engagiert. Aber wenn sich der Freistaat schon damit brüstet, sich zu engagieren, dann muss er es auch flächendeckend machen – oder den Bund auf alle Fälle nicht aus der Verantwortung nehmen. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass der Bundesverkehrsminister seit 2005 immer aus Bayern kommt und stets von der CSU gestellt wurde.

BSZ Was können und müssen aus Ihrer Sicht die Kommunen leisten?

Sowa Die Kommunen kennen die Situation vor Ort am allerbesten und könnten mit der Bürgerschaft am besten artikulieren, wo es an den Bahnhöfen hakt. So könnten schnelle, praktikable Lösungen am besten gefunden werden.

BSZ Für die meisten diskriminierten Gruppen – Frauen, Migrantinnen, Homosexuelle – wurden in den vergangenen Jahren aufgrund öffentlichen Drucks deutlich mehr Anstrengungen unternommen, um deren Situation zu verbessern; nur für Belange der Behinderten scheint wenig Empörungspotenzial zu beste-

hen?

Sowa Sie haben recht. Die Belange der Menschen mit Handicap haben im Moment keine große Lobby. In den vergangenen Jahren allerdings ist es durchaus gelungen, durch Gesetze und DIN Normen die Belange gewaltig zu stärken. Aber tatsächlich ist ein gewisser trügerischer Gewöhnungseffekt eingetreten. Als Baupolitikerin kann ich sagen, dass es inzwischen selbstverständlich ist, bei Neubauten die Belange der Inklusion zu berücksichtigen, allerdings haben wir ein großes Defizit bei der Umrüstung von Bestandsbauten. BSZ Bräuchte es in Bayern nach dem Vorbild der USA Strafzahlungen, wenn öffentliche Einrichtungen nicht ausreichend die Belange von Behinderten berücksichtigen?

Sowa Das haben wir in Bayern im Prinzip schon. Nach der Bauordnung muss ausreichend barrierefrei gebaut werden, ansonsten muss ein Bußgeld erhoben werden. Problem sind wie gesagt die Bestandsgebäude und öffentliche Zugänge. Ex-Ministerpräsident Horst Seehofer hat 2013 seinerzeit die Barrierefreiheit aller staatlichen Gebäude bis 2023 versprochen. Für diese Aussage wäre eine Strafzahlung fällig!

Interview: andré paul

Abbildung: Auch im mittelfränkischen Zirndorf hofft man seit Jahren auf einen barrierefreien Bahnhof. 2026 soll es soweit sein. Eventuell. Foto: dpa/Daniel Karmann /

Wörter: 561

Urheberinformation: DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Verlag Bayerische Staatszeitung, München